



FRA Pressemitteilung
Wien, 8. November 2013

Zur Bekämpfung von Antisemitismus sind gezieltere Maßnahmen notwendig

Die FRA präsentiert heute die ersten vergleichbaren Zahlen über die Erfahrungen der jüdischen Bevölkerung mit antisemitischer Belästigung, Diskriminierung und Hasskriminalität in der EU. Auch am Vorabend des 75. Jahrestages der Judenpogrome vom 9. November 1938 steht fest: Antisemitismus ist noch immer weit verbreitet, trotz anhaltender Bemühungen der EU-Mitgliedstaaten diesen zu bekämpfen. Um weiterhin gezielte rechtliche und politische Maßnahmen gegen Antisemitismus zu entwickeln, stellt dieser FRA-Bericht ein wichtiges Instrument für politische Entscheidungsträger und Organisationen in der EU dar. Der Bericht basiert auf den Antworten von 5 847 jüdischen Befragten in acht Ländern, in denen nach Schätzungen rund 90 % der jüdischen Bevölkerung der EU leben.

„Antisemitismus ist ein beunruhigendes Beispiel dafür, wie Vorurteile sich über Jahrhunderte halten können; er darf keinen Platz in unserer heutigen Gesellschaft haben. Besonders erschreckend ist, dass das Internet, das eigentlich zur Förderung der Kommunikation und des Dialogs beitragen sollte, für antisemitische Belästigungen missbraucht wird,“ sagte FRA-Direktor Morten Kjaerum. *„Obwohl die Regierungen vieler EU-Mitgliedstaaten bereits große Anstrengungen zur Bekämpfung von Antisemitismus unternommen haben, sind gezieltere Maßnahmen notwendig.“*

Wichtige Ergebnisse:

- **66 %** der Befragten halten **Antisemitismus für ein großes Problem** in ihrem Land und **76 %** gaben an, die **Situation habe sich** in den letzten fünf Jahren **deutlich verschlechtert**.
- **21 %** der Befragten haben in den zwölf Monaten vor der Erhebung **antisemitischer Vorfälle wie Beschimpfung, Belästigung oder körperliche Angriffe erlebt**. 2 % der Befragten wurden in dem Jahr vor der Umfrage Opfer antisemitisch motivierter körperlicher Angriffe.
- **Keine Anzeige:** 76 % der Opfer antisemitisch motivierter Belästigungen meldeten die schwerwiegendsten Vorfälle weder der Polizei noch einer anderen Organisation.
- **Keine Aufzeichnung:** begrenzte Datenerhebungsmechanismen in vielen EU-Mitgliedstaaten bedeuten, dass antisemitische Übergriffe nicht ausreichend aufgezeichnet werden.
- Antisemitismus steht für die Befragten an **vierter Stelle** der **bedrückendsten sozialen oder politischen Probleme** in den Ländern der Erhebung (siehe Tabelle 1 im [Bericht](#)).
- **Drei Viertel der Befragten** halten **Antisemitismus im Internet** für ein Problem (siehe Tabelle unten).



Bewertung antisemitischer Vorfälle nach Land (% der Befragten, die angaben, dass eine bestimmte Form von Antisemitismus „ein sehr großes Problem“ oder „ein ziemlich großes Problem“ in dem Land darstelle)

	BE	DE	FR	HU	IT	LV	SE	UK	Durchschnitt der acht EU-Länder (%)
Antisemitismus im Internet	85	67	85	86	87	52	68	64	75
Antisemitismus in den Medien	70	40	71	73	59	37	54	52	59
Feindselige Äußerungen gegenüber Jüdinnen oder Juden auf der Straße oder an sonstigen öffentlichen Orten	74	48	84	72	30	16	51	35	54
Schändung jüdischer Friedhöfe	42	46	74	79	41	56	34	35	50
Antisemitische Schmierereien	52	30	69	69	61	21	29	26	45
Beschädigung jüdischer Gebäude oder Einrichtungen	54	33	78	52	43	23	30	31	45
Antisemitismus im politischen Leben	51	30	50	84	36	35	41	34	44

Anmerkungen: Ländercodes: BE = Belgien; DE = Deutschland; FR = Frankreich; HU = Ungarn; IT = Italien; LV = Lettland; SE = Schweden; und UK = Vereinigtes Königreich.

Die Befragungsergebnisse zeigen außerdem große Unterschiede zwischen den Ländern auf. Diese sind vielfach ein Zeichen unterschiedlicher Geschichte und Traditionen, sowie unterschiedlicher Einwanderungsmuster in den letzten Jahrzehnten. Zum Beispiel:

- Im Vereinigten Königreich gaben 9 % der Befragten an, sie hätten häufig die Behauptung gehört „Juden sind für die aktuelle Wirtschaftskrise verantwortlich“; in Ungarn äußerten dies hingegen 59 %.
- In Lettland erklärten nur 8 % der Befragten, der israelisch-arabische Konflikt habe einen großen Einfluss darauf, wie sicher sie sich fühlten; in Deutschland äußerten dies jedoch 28 % und in Frankreich sogar 73 % der Befragten.

Als Reaktion auf die Ergebnisse der Erhebung hat die FRA eine Reihe von Vorschlägen an politische Entscheidungsträger ausgearbeitet. Zum Beispiel:

- Die EU-Mitgliedstaaten müssen die von Jüdinnen und Juden erlebten Grundrechtsverletzungen **effektiv** und **umfassend** aufzeichnen.
- Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sollten antisemitische Äußerungen öffentlich verurteilen.
- Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen dringend daran arbeiten, wirksame Mittel zur Bekämpfung des wachsenden Antisemitismus im Internet zu entwickeln. Sie sollten etwa die Möglichkeit prüfen, spezielle Polizeieinheiten einzurichten, die das Internet in Bezug auf Hasskriminalität überwachen und Ermittlungen aufnehmen. Zudem sollten die Mitgliedstaaten dazu ermutigen, antisemitische Websites der Polizei zu melden.

Hintergrund: Hasskriminalität



Antisemitische Angriffe sind eine Form von Hasskriminalität. Der heute vorgestellte [Bericht über die Erhebung](#) erscheint zusammen mit dem jährlichen [Zusammenfassenden Überblick zur Situation des Antisemitismus in der EU 2002–2012](#) der FRA. Dieser liefert statistische Daten über antisemitische Vorfälle, die von staatlichen und nicht-staatlichen Einrichtungen erfasst wurden. Die beiden Berichte ergänzen die umfangreichen Arbeiten der FRA zu Hasskriminalität, die auch Daten über die Erfahrungen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen, Roma und anderen Minderheiten umfasst. Mit Hasskriminalität beschäftigt sich auch die diesjährige [Grundrechtskonferenz](#) der FRA, die vom 12. bis 13. November in Vilnius, Litauen, stattfindet.

Die unten aufgeführten Berichte, eine Online-Visualisierung der Daten (in der die Ergebnisse für die einzelnen Länder eingesehen werden können), Informationen für die Medien, Fragen und Antworten zur Methodik, sowie Videos und Aussagen von Opfern finden Sie im [Online-Pressedossier](#).

- „Diskriminierung und Hasskriminalität gegen Juden in den EU-Mitgliedstaaten: Erfahrungen und Wahrnehmung im Zusammenhang mit Antisemitismus“ (*Discrimination and hate crime against Jews in EU Member States: experiences and perceptions of antisemitism*)
- „Antisemitismus: Zusammenfassender Überblick über die Situation in der EU 2001-2012“ (*Antisemitism: Summary overview of the situation in the EU 2001–2012*)

Weitere Informationen erhalten Sie unter folgender Adresse:

media@fra.europa.eu

Tel.: +43 1 580 30 642

Anmerkungen für die Redaktion

- 5 847 Jüdinnen und Juden ab 16 Jahren beteiligten sich an der Erhebung. Die Ergebnisse umfassen die Daten aus acht EU-Mitgliedstaaten, in denen nach Schätzungen rund 90 % der jüdischen Bevölkerung der EU leben.
- Die Erhebung wurde im Internet nach Empfehlungen von Fachleuten durchgeführt.
- Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) hat den Auftrag, den EntscheidungsträgerInnen in der EU und in den Mitgliedstaaten faktengestützte Grundrechtsberatung bereitzustellen und damit im Bereich der Grundrechte einen Beitrag zu informierteren und zielgerichteteren Debatten und Maßnahmen zu leisten.